

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch
die Post bezogen 1 M.
eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs- und
Bahnstellen-Anzeigen die
3 gespaltene Kolonel-Zeile
50 f.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Brey.
Druck von C. A. H. Meister & Co., beide in Hannover.

Berantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.
Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

5000 neue Mitglieder im Monat Juni!

Auch im Monat Juni hat der Aufstieg des Verbandes angehalten. Es sind mehr Mitglieder dem Verband beigetreten als in irgendeinem andern Monat seit Kriegsausbruch. Im Mai, dem Monat mit dem bisher besten Ergebnis, wurden 4227 Neuaufnahmen in 401 Zahlstellen gemeldet, im Juni waren es 4961 in 403 berichtenden Zahlstellen. Rechnen wir für die 59 Zahlstellen, die nicht berichtet haben, nur eine Aufnahme in jeder Zahlstelle, so ist die Zahl von 5000 Neuaufnahmen überschritten. Damit ist eine Zahl erreicht, die den Monatsdurchschnitt in den besten Friedensjahren fast erreicht. Es geht also wirklich vorwärts im Verbande! Enttäuscht der laufende Monat nicht, so haben wir am Schlusse des dritten Kriegsjahres, wenn wir die Eingezogenen nicht abziehen, nicht weniger Mitglieder als bei Kriegsbeginn. Das ist ein außerordentlich befriedigendes Ergebnis, auf das alle die Stolz sein dürfen, die durch eifige Werbe- und Aufklärungsarbeit zur Erreichung dieses nächsten Ziels beigetragen haben.

Über die Gestaltung und Veränderung des Mitgliederbestandes in den 403 berichtenden Zahlstellen gibt folgende Zusammenstellung Auskunft:

	Männliche	Weibliche	Zusammen
Mitglieder am 1. August 1914 . . .	169 800	25 811	195 611
" am 30. Juni 1917 . . .	60 452	29 122	89 574

Am 30. Juni 1917 weniger (-) oder mehr (+) 109 348 + 3 311 - 106 037

Zum Heeresdienst eingezogen 100 189 - 100 189

Bleibt Verlust (-) oder Gewinn (+) seit Kriegsausbruch - 9 159 + 3 311 - 5 848

Der tatsächliche Mitgliederverlust seit Kriegsausbruch ist mithin auf weniger als 6000 gesunken. Am Schlusse des Vormonats betrug er noch reichlich 10 000. Der Ausgleich vollzieht sich also erfreulich schnell.

Die folgende Zusammenstellung der Eintritte nach Monaten ist nicht vollständig, weil sie nicht alle Zahlstellen erfaßt, sondern nur die berichtenden, und die gegebenen Zahlen sind nur bedingt vergleichbar, weil die Zahl und die Zusammensetzung der berichtenden Zahlstellen wechselt und infolgedessen die Zahl der von der Berichterstattung erfaßten Mitglieder schwankt. Immerhin gibt sie ein Bild von der erfreulichen Aufwärtsentwicklung des Verbandes.

		Es traten als Mitglieder ein:		
		Männliche	Weibliche	Zusammen
Im Monat	Mai . . .	575	419	994
" "	Juni . . .	764	475	1239
" "	Juli . . .	724	392	1116
" "	August . . .	662	684	1346
" "	September . . .	777	754	1531
" "	Oktober . . .	565	890	1455
" "	November . . .	634	981	1615
" "	Dezember . . .	732	1003	1735
" "	Januar 1917 . . .	824	1463	2287
" "	Februar . . .	1356	1622	2978
" "	März . . .	1609	1441	3050
" "	April . . .	1482	2397	4079
" "	Mai . . .	1595	2632	4227
" "	Juni . . .	2167	2794	4961
		Zusammen: 14 466 18 147 32 613		

Die Zahl der zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen ging im Monat Juni sprunghaft hoch. Ende Mai waren in den 401 berichtenden Zahlstellen 96 159 Kollegen eingezogen; Ende Juni in 403 Zahlstellen mit einem nur um 2000 höheren Mitgliederstand 100 189. Die Zunahme erklärt sich aus der im Juni erfolgten Einziehung des Fahrgangs 1899. Im ganzen Verband werden ungefähr 106 000 Kollegen eingezogen sein.

Die Arbeitslosigkeit war auch im Juni gleich Null. Am Monatsende waren nur 88 Arbeitslose in allen berichtenden Zahlstellen gemeldet. Als Arbeitslosenunterstützung wurden nur 1633 Mk. im ganzen Monat ausgezahlt.

Ungünstiger stellen sich die Zahlen über Erkrankungen. In den berichtenden Zahlstellen waren am Berichtstage 1602 Mitglieder frank; das sind 1,8 vom Hundert. Nach dem Geschlecht getrennt ergibt sich eine erhebliche Abweichung: bei den männlichen Mitgliedern waren 2, bei den weiblichen nur 1,3 vom Hundert erwerbsfähig frank. Diese Abweichung wird nur zu einem Teil erklärt durch die Tatsache, daß von den männlichen Mitgliedern die gesundesten im Kriegsdienst stehen, die Durchschnittszahl der Erkrankungen also naturgemäß steigen muß. Daneben ist zu berücksichtigen, daß der Bruchteil der neuen eingetretenen, also für die Erwerbslosenunterstützung noch nicht berechnete Mitglieder bei den Arbeiterinnen weit größer ist als bei den Arbeitern. Nicht unterstützungspflichtige Erkrankungsfälle werden aber auch im Verbande nicht gemeldet, fallen also bei der Berichterstattung aus. Das erklärt mit, warum der Erkrankungsstand bei den weiblichen Mitgliedern so viel günstiger erscheint als bei den männlichen. Als Krankenunterstützung wurden im Berichtsmonat in den berichtenden Zahlstellen 43 168 Mk. ausgegeben.

für den Frieden.

Eine „Friedenserklärung“ im Reichstag? — Kanzlerwechsel.

Nach Mitteilungen der Tagespresse hat sich eine Mehrheit im Reichstag, die sich zusammensetzt aus den Fraktionen des Zentrums, der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten, der Esch-Voßtinger, eines Teils der Deutschen Fraktion und einzelner Mitglieder anderer Fraktionen, auf folgendes Friedensprogramm geeinigt, das sie dem Reichstag zur Beschlusshandlung vorlegen wird:

„Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahrs das Wort der Thronrede „Was steht nicht Erwerbungswürdig“. Zur Verfestigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.“

Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Sicherung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auf alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verbindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß hergestellt werden. Nur der Weltfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationale Regierungorganisationen tatsächlich fördern.

Solang jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Erwerbung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstoßen, unerträglich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weist sich darin eins mit den Männern, die in heldenhaften Kampf das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.“

Ob die Erklärung genau in der hier wiedergegebenen Form abgegeben wird, steht unsres Wissens noch nicht fest. Gewiß scheint nur, daß ein erheblicher Teil der Reichstagsabgeordneten sich zu einem Frieden ohne Annexionen und Erwerbungen bekannt. Leider kommt dies Bekenntnis rechtlich spät; zwei Jahre früher abgegeben, hätte es unseres Erachtens zur Ablösung dieses entsetzlichen Krieges viel beitragen können. Wie wenig Einheitslichkeit übrigens noch heute bei den Parteien und bei der Regierung über die Kriegsziele besteht, geht schon daraus hervor, daß mir die oben mitgeteilte Erklärung tagelang gefallen und gelesen wurde, daß man heute noch nicht genau weiß, wer sie führen wird, ja ob ich

überhaupt eine Mehrheit im Reichstag dafür findet. In der Regierung hat die Erklärung mit den Vorgängen, die zu ihr führten, zunächst einen Personentausch herbeigeführt: der Reichskanzler v. Beihmann-Hollweg ist zurückgetreten; seine Stelle hat Dr. Michaelis, der preußische „Lebensmitteldiktator“, eingenommen. Weitere Personaländerungen werden folgen. Ob damit ein Wechsel im System verbunden ist, muß die nächste Zukunft zeigen.

Ein Internationaler Kongreß in Stockholm.

Der russische Arbeiter- und Soldatenrat beruft, gemeinsam mit dem helländisch-sandinavischen Komitee, eine Internationale Sozialistenkonferenz nach Stockholm ein. Diese Konferenz soll am 15. August beginnen. Als vorläufige Tagessordnung ist vorge schlagen:

1. Der Weltkrieg und die Internationale.
2. Das Friedensprogramm der Internationale.
3. Die Mittel und Wege zur Vermittelung dieses Programms und zur schnellen Kriegsbeendigung.

Als Zweck der Konferenz wird angegeben „Die Vereinigung aller Kräfte des internationalen Proletariats zur Herbeiführung des Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, gegründet auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.“

Einladungen zu der Konferenz werden alle internationalen Sozialistischen Bureau angehörigen Parteien, auch die während des Kriegs beige tretenen, sowohl die Reaktionen wie die Minoritäten und die als selbständige Parteien konstituierten Oppositionen, ebenso die der Gewerkschaften unter nationale angeschlossenen Gewerkschaften. Die Zulässig- und Abstimmungsvor schriften der Internationalen Konferenz sollen auch bei diesem Kongreß unvergessen werden.

Wichtig, vor allem bei der Entscheidung über die Beteiligung an dem Kongreß, ist folgender Satz in der Einladung:

„Die Organisatoren der allgemeinen Konferenz sind tief überzeugt, daß zur Verendigung des Weltkriegs beizutragen, die Internationale alle sozialistischen Parteien und Gewerkschaften wird dahin bringen müssen, jegliche Zusammenarbeit mit den Regierungen abzulehnen, die die Angabe ihrer Kriegsziele verweigern oder offen oder versteckt imperialistische Ziele aufzuzeigen.“

Eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern.

Die zum 8. Juni nach Stockholm einberufene internationale Gewerkschaftskonferenz war, wie wir in Nr. 24 des „Proletariers“ mitgeteilt haben, nur von Vertretern der Mittelmächte und der neutralen Länder besucht. Es wurde deshalb beschlossen, eine neue Konferenz zum 17. September nach der Schweiz einzuberufen und dazu die Gewerkschaften aller Länder einzuladen. Nunmehr gibt das Bundeskomitee des schweizerischen Gewerkschaftsbundes bekannt, daß diese Konferenz nicht am 17. September, sondern am 1. Oktober in Bern stattfinden soll. Die Verschiebung des Termins ist erfolgt, um den Verkehrsschwierigkeiten Rechnung zu tragen, d. h. um mehr zu der Reise und den Reisevorbereitungen zu schaffen.

Über die voraussichtliche Beteiligung an der Konferenz heißt es in der Einladung:

„Die Confederazione Generale del Lavoro in Mailand hat am 19. Mai durch ihren Sekretär Migliorini eine Erklärung abgeben lassen, daß sie an einer von der Schweiz einberufenen internationalen Konferenz teilnehmen werde, wenn Vertreter beider Staaten gruppen erscheinen würden. Die Confédération Générale du Travail in Paris hat durch ihren Sekretär Jouhaux am 4. Juni mitgeteilt, daß sie an einer internationalen Konferenz, die von der Schweiz einberufen würde, teilnehmen werde, ehe sie bereit sei und gleichzeitig vorschlage, auch die Organisationen einzuladen, die bisher dem F. G. B. nicht angehört haben, wie das englische parlamentarische Komitee, die Tschechen und Russland.“

Um der Teilnahme Spaniens und Amerikas ist nicht zu zweifeln. Die Engländer sind zwar noch schwankend, doch haben wir nach einem Schreiben vom 9. Mai keine Ursache, anzunehmen, daß sie sich ausschließen würden. Die übrigen Länder der Entente gruppe werden sich nach Frankreich, Italien und England richten. Die Landeszentralen der Centralstaaten haben die Teilnahme schon das letzte Jahr zugesichert und die Neutralen werden selbstverständlich nicht fehlen, wie der Besluß von Stockholm zeigt.“

Als Tagessordnung ist in Aussicht genommen: 1. Konstitution und Sitz des F. G. B. 2. Die Anträge der internationalen Gewerkschaften an den Friedenkongress. Das Bundeskomitee hat dafür, daß die Errichtung aller politischen Angestellten angenommen werden soll.

Die Landeszentralen sind zur Entscheidung von 10 Delegierten ermächtigt, doch hat jedes Land nur eine Stimme. Anträge an die Konferenz sind an das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes zu richten.

Das Komitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hofft, daß seine Einladung allenfalls bei der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft starke Widerhall finde und daß sich deren Vertreter aus allen Ländern und Kriegslagern am 1. Oktober zu friedlicher Kulturarbeit zum Segen der Menschheit zusammenfinden. Wir schließen uns dieser Hoffnung gern an.

Vorschläge über Wirtschaftsreform.

Walter Rathenau, der Präsident der Allgemeinen Elektricitätsgesellschaft in Berlin und Organisator der Wehrstoffversorgung Deutschlands in der Kriegszeit, hat zwei Schriften veröffentlicht, in welchen er seine Anschauungen über Fragen der künftigen Gestaltung des Wirtschaftslebens in Deutschland darlegt.

Die eine dieser Schriften ist bestellt: Probleme der Friedenswirtschaft. Rathenau stellt darin unter anderem Betrachtungen an über die durch den Krieg verursachte Zerstörung von Kapitalwerten, die er nach dem Daseinhalten des Referenten viel zu gering veranschlagt; doch wollen wir darüber nicht streiten, da zuberstige Berechnungsgrundlagen mangeln. Sicher ist nur, daß eine berechtigte Veränderung des Volkswertes stattfinden und weiterhin stattfindet, solange der Krieg dauert. Mit der Verminderung des Volkswertes ging einher eine radikale Umstellung der Vermögensverteilung, die ihrem vollen Umfang nach erst nach der Liquidation der Kriegsostenanlagen treten wird. Das Land spaltet sich in Gläubiger und Schuldner. Gläubiger ist, wer in irgendeiner Form an der Kriegsarbeit und damit an den Kriegsgewinnen partizipiert; Schuldner ist die Gesamtheit, für Verzinsung und Amortisation der Kriegsschulden sowie der nach dem Friedensschluß zur Stabilisierung der Wehrkraft und Wirtschaft notig werden werden weiteren Aufleihen und zur Erhaltung der invaliden Kriegsteilnehmer, der Kriegsgefallen und -waisen, wird die Gesamtheit zufällig alljährlich einen Betrag aufzutragen haben, der gewiß nicht kleiner, vielleicht aber größer ist, als die vor Kriegsausbruch mit etwa 7 Millarden Mark geschätzte jährliche deutsche Kapitalbildung.

Die, über alle Vorfälle hinausgehende Schuldlast wird um so schwerer zu tragen sein, je nachhaltiger sich die wirtschaftlichen Nachwirkungen des Krieges gestalten. Manche Lüste sind in der Wirkung episch; Rathenau sieht d' einen Optismus nicht richtig. Er sieht vorans, daß die Wiederaufbauplanung der weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands auf viele Schwierigkeiten stoßen wird und daß in Zukunft mehr Wirtschaft mehr auf uns jehen und den Kreis umkreisen anwiesen wird; doch sollen wir auch davon nicht erschrecken,

dass in Zukunft unsre Handelsbilanz sich verkleinern kann, "und wäre es um einige Milliarden". Stellt sich diese Beeinträchtigung der Exportmöglichkeiten wirklich ein, so könnte sie zu um so empfindlicheren Strömungen führen, als im Gefolge der Vermögensverminderung und der sozialen Umstaltung sich voraussichtlich auch eine gewindere Aufnahmesfähigkeit des inneren deutschen Marktes ergeben dürfte. Die bisherigen Erfahrungen des Wirtschaftskrieges, meint Rathenau, verweisen Deutschland darauf, sich vor allem möglichst unabhängig von fremden Rohstoffzuliefen zu machen. Doch wird in vielen Fällen der zollgeschützte inländische Rohstoff keurer sein als der ausländische; die Kostendeckung des Rohstoffschutzes hat die technisch vollkommensten und ökonomisch rationellsten Arbeitsmethoden zur Voraussetzung um so mehr, je ungünstiger die Bedingungen sich gestalten, unter welchen die deutsche Ware auf ausländischen Märkten den Konkurrenzkampf wird aufnehmen müssen. Die produktivste Betätigung der Arbeit ist nötig, wenn die erhöhte Steuerleistung die Lebensführung des Volkes nicht unwürdig herabdrücken soll, und sie ist nötig, wenn der berechtigte Anspruch der Arbeiter auf eine würdige Lebensführung sich anders als in schärfsten sozialen Kämpfen durchsetzen soll. Höchste Produktivitätssteigerung der deutschen Arbeit ist nach Rathenau die Friedenaufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik. Der oberste Grundzug der Arbeitswirtschaft muss lauten: Feder Mann wird gebraucht, kein Werkzeug darf feiern. Es ist die Idee des Bürodienstes, die über den Krieg hinaus in Geltung bleiben soll.

Rathenau sagt: „Wissenschaft, Kunst, Religion stehen außerhalb jedes wirtschaftlichen Zusammenhanges, sind aus eigenem Recht und Selbstzweck und dürfen nicht angetastet werden. Über es wäre durchaus vorstellbar und nicht zu fürchten, wenn allmählich eine Ordnung sich einstelle, die den gesunden und fröhlichen Mann, der auf idealem Gebiete nicht produktiv leistend sein kann, zur produktiven bürgerlichen Arbeit aufruft. Und wenn dann einige Studenten der Kunstgeschichte im Lande weniger erzeugt werden, und wenn dann einiges Rentnerum und einiges Genießen und Sammeln nicht mehr mit der gleichen behäbigen Ausübungsfähigkeit wie früher gepflogen werden kann, so wäre das zu verachten.“

Ferner soll nach Rathenau die Verfügungsfreiheit über das Kapital bedeutend eingeschränkt werden; namentlich der Kapitalexport wäre zu unterbinden. Das Streben nach höchster Produktivitätssteigerung und Ausnutzung der wirtschaftlichen Kräfte muss selbstverständlich zur weitergehenden Betriebskonzentration führen;

denn Zersplitterung der industriellen Produktion in vielen konkurrierenden Betrieben, wo ein Betrieb oder deren wenige genügen würden, ist Vergewaltigung von Arbeitskraft und Kapital. Das

gleiche gilt von manchen Zweigen des Handels. Mit der starken Produktivitätssteigerung der Arbeit wird zu verbünden sein die Eingeschränkung des Verbrauchs, in erster Linie des Luxusverbrauchs. Alle Auswendungen an Arbeitskraft, Rohstoff, Werkzeug, Transport, Einfuhr, Einzelverkauf, Lagerung, die auf ein entbehrliches oder überflüssiges Erzeugnis des Luxus verwandt werden, bleiben unser Wirtschaft verloren.“ Der Luxusverbrauch wäre nach Rathenau Ansicht vor allem durch hohe Besteuerung einzuschränken. Diese Besteuerung würde zugleich die Finanzkrise des Staates lindern. Dem Ichieren zwischener noch zu dienen: Ein- und Ausfuhrmonopole, Erdöl-, Eisen- und Schieferwerke usw. Alle diese Säulen verbinden finanzielle und sozialpolitische Zwecke. Die obige Möglichkeit einer Kombination finanziel- und sozialpolitischer Zwecke erblieb Rathenau in einer progressiven Erbbaugesetz. Eine so geartete Großherrschaft wäre geplant, die neue soziale Verhältnisse nicht zu beeinflussen; sie würde der Tendenz zur Erhaltung des Volkes in zwei Säulen entgegenwirken, einer Säule des erblichen Reichums und einer der erblichen Armut; und sie wäre geeignet, den übermäßigen Verbrauch zu stoppen, der vor allem den Überflüchtigen unserer Wirtschaft entgegensteht, indem er Güter und Arbeitskräfte verschafft, Rente abspart und einen Teil unserer Wirtschaftssubstanz zum Verlust verurteilt.“ Das Reichsamtliche Programm der sozialen Zwecken orientierten Wirtschaft ist eine endgültige Absehung an den wirtschaftlichen Liberalismus; es bedient in der Hauptfrage Nutzen zum Imperialismus. Das Ziel der Reichsamtlichen Wirtschaftspolitik wird konkretisiert durch die Herabsetzung, daß nicht der einzelne Mensch, sondern die Gemeinschaft, in welcher der einzelne sein soziales Leben führt, das Privilegium und Selbstzweck ist, daß der Staat, als Vertreter der Dauernden Interessen der Gemeinschaft, das Recht und die Pflicht hat, um dieser Interessen willen den Willen des Lebenden Gemeinschaft auf periodisch freie und soziale Rechte einzurichten zu verkörpern.

„In einer zweiten Säule, der Kriegsteilnehmenden Dingen“ heißt es ferner, heißt es ferner für die Sicherung der Gemeinschaftsziele und die soziale Wiederherstellung. Sie kommt:

1. Der Offiziersstaat und der Soldatenstaat. Der Kriegsteilnehmer ist nicht der einzige Kämpfer, der seine Mutterlande für die Freiheit und Unabhängigkeit des anderen Kämpfers verteidigt. Das Kämpfen ist nicht nur für den Kämpfer selbst, sondern für die Kämpfer des anderen Kämpfers zu verstehen.

2. Die Sicherung des Sozialstaates und des Staates in die Geist des Staates und der Staatskunst. Der Staat wird und soll nur einer sozialen Mutterlande sein, die seine Mutterlande ist er für die Freiheit und Unabhängigkeit des anderen Kämpfers.

3. Die Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der Freiheit und Unabhängigkeit des anderen Kämpfers.

4. Die Sicherung des Staates und der Staatskunst im sozialen Staate, Sozialstaat und Sozialstaat. Der Kämpfende Sozialstaat und Sozialstaat ist der Kämpfende Wirtschaftsstaat und Sozialstaat.

5. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer. Der Kämpfende Sozialstaat und der Kämpfende Sozialstaat sind nicht die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer, sondern für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

6. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

7. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

8. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

9. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

10. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

11. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

12. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

13. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

14. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

15. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

16. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

17. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

18. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

19. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

20. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

21. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

22. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

23. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

24. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

25. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

26. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

27. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

28. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

29. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

30. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

31. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

32. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

33. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

34. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

35. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

36. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

37. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

38. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

39. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

40. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

41. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

42. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

43. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

44. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

45. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

46. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

47. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

48. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

49. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

50. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

51. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

52. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

53. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

54. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

55. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

56. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

57. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

58. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

59. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

60. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

61. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

62. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

63. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

64. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

65. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

66. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

67. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

68. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

69. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

70. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

71. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

72. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

73. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

74. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

75. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

76. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

77. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

78. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

79. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

80. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

81. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

82. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

83. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

84. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

85. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

86. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

87. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

88. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

89. Sicherung des Staates und der Staatskunst für die Sicherung der sozialen Kämpfer und der anderen Kämpfer.

die (oben wiedergegebenen) Anerkennungen des Generaldirektors Kain zum Kalimonopol hin und schloß sich ihnen ausdrücklich an. Alle Gründe gegen ein solches Monopol anzuführen, liege nicht im Interesse der Bevölkerung, das sei aber auch nicht nötig, weil es "nur noch wenige Leute geben dürfte, die die Einführung eines Monopols anstreben". Da wir zu den wenigen gehören, haben wir ein doppeltes Recht, hinter seine Ausführung ein Fragezeichen zu setzen.

Da solche und ähnliche Einsprüche gegen ein Kalimonopol auf fast allen Generalversammlungen der Werke erhoben wurden, daß man der Verantwortung kaum geben, daß sie nicht ganz zufällig kommen, sondern von einer Centralstelle aus gewünscht und herbeigeführt wurden. Ob diese Centralstelle das Kali syndikat oder etwa — der Bund der Landeswirte ist, sei noch dahingestellt.

Es ist übrigens sachlich durchaus verständlich, daß die Kaliwerber sich gegen die Monopolisierung einer Industrie wenden, die ihnen vor dem Kriege gute Erträge gebracht hat und auf die sie für die Zeit nach dem Kriege sehr große Hoffnungen setzen dürfen. Die Unterbindung der Ausfuhr hat im Auslande zu einem Kaliunger gesetzt, dessen Stellung nach dem Kriege zu sehr vorteilhaften Bedingungen für die deutschen Lieferanten erfolgen dürfte. Auch im Inlande wird voraussichtlich der Abfall steigen. Damit steigen aber auch die Zulustausgaben der Werksbesitzer und damit steigt natürlich auch der Widerstand gegen alle Bestrebungen, die diese Aussichten gefährden.

Besonders triftig erscheinen die Einwände der Kaliwerksbesitzer jedoch nicht. Bankier Meyerstein führt eigentlich gar keinen Grund an für seine Behauptung, daß das Reichsmittel der Kaliindustrie "den Todestrieb bringen" würde. Der Hinweis auf ein etwaiges Aufinden von KaliLAGern im Auslande ist mindestens zu unzulässig, noch ganz gegenstandslos. Ganz abgesehen davon, daß ein solches Aufinden nicht nur eine verstaatlichte, sondern auch eine private Kaliindustrie Deutschlands schwer beschädigen würde.

Der Hinweis des Generaldirektors Kain auf den internationalen Geschäftsbetrieb, besonders auf die schwierige Stellung beim Abschluß von Handelsverträgen, ist auch nichts weniger als durchschlagend. Der Besitz eines Weltmonopols würde die Stellung Deutschlands bei den Verhandlungen über die künftige Gestaltung der Handelsverträge nicht schwächen, sondern stärken. Nicht das Ausland, sondern Deutschland könnte an die Lieferung der KaliSalze Bedingungen knüpfen.

Jedenfalls sind wir der Meinung, daß die nach dem Kriege voraussichtlich notwendig werdenden Verstaatlichungen sich in erster Linie auf die Ausbeutung der Bodenschäume erstrecken müssen. Dabei wird die Kaliindustrie, wenn nicht das geeignete, so doch ein sehr geeignetes Objekt für den Anfang sein.

Mehr Arbeitskräfte für die Kaliindustrie.

Das Kali syndikat hat beim Kriegsamt beantragt, den Kaliwerken 3000 deutsche Arbeiter und eine ausreichende Zahl von Kriegsgefangenen zur Verfügung zu stellen, weil es andernfalls nicht möglich sei, den Bedarf an Kali zu decken. Das Kali ein wichtiges Düringmittel für die Landwirtschaft ist, muß erwartet werden, daß Vorsorge für ausreichende Deckung des Bedarfs getroffen wird. Es ist jedoch auch die Frage aufzuwerfen, ob die Kaliwerke durch ausreichende Entlohnung der Arbeiter für Heranziehung und Erhaltung eines Arbeiterkamms ausreichend gesorgt haben. Soweit wir unterrichtet sind, ist das nicht der Fall.

Gar nicht nobel!

Das "Hamburger Echo" gab vor einiger Zeit seinem Bespremenden darüber Ausdruck, daß man die Grabstätte der Opfer der Explosion in den Sprengstoffwerken in Quakenbrück, die unter so schönen Neben hinabgesunken waren, nicht schmützen, sondern sie verorden lasse. Darauf ging die Nachricht durch die Zeitungen, daß nun ein Architekt mit der Schmückung der Grabanlage beauftragt worden sei. Das "Echo" nennt diese Nachricht sehr erfreulich, sagt dann aber hinzu: Weniger erfreulich ist aber die Tatsache, daß man sich um die noch lebenden Opfer ebenso wenig zu kümmern scheint, wie vor unserer Mahnung um die toten. Uns schreibt nämlich ein im städtischen Krankenhaus Altona liegender Verunglückter (dem infolge der Explosion ein Fuß amputiert werden mußte und der rechten Arm brach sowie auf einem Ohr das Gehör verlor) von seinen Bewußtungen, seine Sorgen zu erhalten, die bei den Birken abhanden gekommen sind bzw. einen Erfolg dafür zu bekommen. Er wohnt in einer zum Werk gehörenden Kantine, die sich im Privatbesitz eines Dritten befindet. Als er vom Wirt auf seine Anfrage erschien, daß seine Sachen weg sind, wandte er sich an die Universitätshörde, die ihn an die Firma verwies. Diese wiederum lehnte seine Bitte um Erfolg des Sojads ab mit der Begründung, daß sie keine Ansprüche nur anerkenne, wenn er ihr ein Verschulden an der Katastrophe nachweisen könne. Das wird dem armen Kräppel wohl nicht möglich sein, und so steht er bei keiner Entlassung aus dem Krankenhaus naß und bloß da, wenn nicht schließlich noch die Versicherung ein Einsehen hat, bei der der Kantineinwohner versichert war.

Wir meinen, es ist geradezu unverständlich, daß die Firma ein so beschiedenes Verlangen des in ihrem Betriebe so schwer verunglückten Arbeiters ablehnt. Selbst wenn sie sich nicht nur ganz unfehlbar fühlt, sondern ihre Unschuld an dem fürchterlichen Unglück beweisen könnte, müßte sie einem jolchen Verlangen des schwer geschädigten Arbeiters ohne alle Weiterungen nachkommen. Zumal die Gesellschaft durch die Schäden der Explosion materiell kaum getroffen wird, vielmehr nach wie vor Riesen-

gewinne erzielt.

Papier-Industrie ***

Sehen Sie, das ist ein Geschäft . . .

Diesen Restain eines bekannten Gassenhauers dürfen auch die Aktionäre der deutschen Zellstoffindustrie anstimmen, wie die Geschäftsbilanz für das Jahr 1916 zeigen. Die Herrschaften haben wirklich ein feines Geschäft gemacht, wenn sie in Betracht ziehen, in welche Schwierigkeiten sie der Krieg durch ihre Inlands- und Auslands-Spekulationen gebracht hat.

Man vergegenwärtige sich nur das Finanzbild der Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Aachen für die Jahre 1914 und 1916. Im

Jahre 1914 hatte die Gesellschaft durch ihre verschafften Inlands-Spekulationen eine Unterbilanz von 6 540 740 M. aufzuweisen,

die zur Zusammenlegung des Aktienkapitals von 12 auf 6 Millionen Mark führte. 1916 dagegen konnte die Firma einen Rein-

gewinn von 2 624 862 M. erzielen, aus dem die vorjährige Unterbilanz in der Höhe von 747 022 M. gedeckt, 346 000 M. vorgetragen und noch 480 000 M. als Prozentuale Dividende ausgezahlt wurden. Daneben erhielten die Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder für ihre "ausopferungsvolle Tätigkeit" noch ein Geschenk von 144 444 M. Der günstige Jahresabschluß veranlaßte die Aktionäre, auch das Aktienkapital wieder auf 12 Millionen Mark zu erhöhen.

Beim Studium des Geschäftsberichts der Zellstofffabrik "Waldhof" kommt man gleichfalls zu der festen Ansicht, daß die Zellstofffabrikation trotz aller Kriegsnöte doch noch recht rentabel ist. Dieses Unternehmen, das im Inlande ebenfalls verschiedene Adoptivkinder an seine mütterliche Brust gegeben hat, fühlte zur Friedenszeit das Bedürfnis, auch im Auslande zu "germanisieren".

Aus diesem Grunde verpflanzte es einen Ableger nach Bernau im Rußland. Dadurch kam die Gesellschaft bei Kriegsausbruch in schwere Verlegenheit. Die bösen Russen nahmen das Bernauer Werk in Besitz und schlugen bei ihrem Rückzuge im Jahre 1915

das ganze Unternehmen kurz und klein. Durch diesen "Russen-

streich" muß die Gesellschaft Deckung suchen für ungefähr 50 Millionen Mark, mit denen sie an dem russischen Unternehmen beteiligt ist. Zu diesem Zweck hat sie 1914 10 Millionen Mark und 1916 abermals 10 Millionen Mark aus dem Jahresertrag und außerdem noch 16 Millionen Mark aus dem Reservefonds dem Kriegsreservefonds zugeführt, so daß über 36 Millionen Mark zur Deckung der russischen Schäden zur Verfügung stehen. Durch diese Überweisungen gehört Waldhof auch noch zu den dibindendenlosen Gesellschaften, obwohl die Gesellschaft in den Jahren 1915 und 1916 zusammen einen Reingewinn von annähernd 16 Millionen Mark erreicht hat.

Der Direktor Heino Castorf hat seit Ausbruch des Krieges in diesem Jahre zum ersten Male wieder die Gewinne der Aktiengesellschaften der Zellstoffindustrie berechnet und für dieselben eine Durchschnittsdividende von 10 Prozent festgestellt. Bei der Feststellung der 10prozentigen Durchschnittsdividende hat er Waldhof außer Betracht gelassen. Bei der Einzeichnung von Waldhof in die Berechnung sinkt die Durchschnittsdividende auf 5 Prozent. Ganz richtig ist dieses Verfahren allerdings nicht, da Waldhof für 1916 eine Bilanz zur Aufstellung bringt, die sich auf die Jahre 1915 und 1916 erstreckt. 1915 wurde Waldhof von der Veröffentlichung einer Bilanz von der Aufsichtsbehörde entbunden. In der nachfolgenden Zusammenstellung ist Waldhof für 1915 nicht und für 1916 mit enthalten.

Zahl der Gesellschaften	Zusammen Aktienkapital in Mark		Verteilte Dividende vom Hundert	
	1915	1916	1915	1916
5	3	18 500 000	37 500 000	0
1	—	2 000 000	—	2
—	1	—	6 000 000	8
—	2	—	5 000 000	10
1	1	5 000 000	4 000 000	12
1	—	1 500 000	—	14
—	1	—	5 000 000	22
—	1	—	1 500 000	25
8	9	27 000 000	59 000 000	3
Ohne Waldhof.		—	27 000 000	5
				10

Aus dem im Jahre 1916 erzielten Reingewinn in der Höhe von 18 680 811 M. erhielten die Aktionäre von 6 Gesellschaften eine Dividende von zusammen 2 935 000 M.; im Jahre 1915 dagegen konnten nur 3 Gesellschaften zusammen 850 000 M. Dividende verteilen. Mit den 13 493 823 M., die für Rücklagen verbucht wurden, wäre die Dividende für 1916 hinter den fabelhaften Kriegsgewinnen der übrigen Heereslieferanten sicher nicht zurückgestanden. Dabei muß beachtet werden, daß 1916 rund 8 Millionen Mark mehr für Abschreibungen in Rechnung gestellt wurden als 1915. Im Jahre 1915 betrugen die Abschreibungen 2 487 827 M. und 1916 10 522 029 M.

Ein erfreuliches Ergebnis für die Zellstofffabrikanten zeigt auch das Bild der auf das neue Geschäftsjahr vorzutragenden Gewinne und Verluste. 1915 mußten 5 Gesellschaften einen Verlust von 3 757 578 M. vortragen, 1916 nur 2 Gesellschaften einen solchen von 2 799 625 M. Für 1915 konnten 3 Unternehmen 489 715 M. auf neue Rechnung übernehmen. 1916 waren 6 Gesellschaften in der Lage, einen Gewinn vortrag von 1 360 928 M. buchen zu können. Dabei ist die Zellstofffabrik Waldhof aus der Berechnung ausgeschlossen, da diese Gesellschaft ihren gesamten Reingewinn für Rücklagen verbucht hat.

Die glänzende Wirtschaftslage der deutschen Zellstoffindustrie wird allerdings etwas getrübt durch die Ausbreitungspolitik einzelner Unternehmen im Inlande und Auslande, wie aus den Finanzverhältnissen der Waldhof- und der Hirschfurther Gesellschaft hervorgeht. Doch bleibt trotzdem die Tatsache bestehen, daß sich die deutsche Zellstoffindustrie im zweiten Kriegsjahr in einer außerordentlich günstigen Lage befindet. Selbst Direktor Castorf, der Rechnungsrat der deutschen Papier- und Zellstoffindustrie, muß zugeben, daß "der Krieg in seinem zweiten Jahre bei einzelnen Unternehmen geheist, die der Frieden gesicherte haben".

In einer Zeit, in der der Krieg Tauziehen von Christen vernichtet hat, in der Millionen von Menschen am Hungertuch nagen, ist es den Zellstoffindustriellen gelungen, Nischenprojekte einzuh主观en, um möglichst finanziell gefährdet aus dem Kriege herzugehen zu können. Leider befinden sich die Zellstoffarbeiter nicht in der gleichen glücklichen Lage. Deren wirtschaftliche Lage ist im Gegenteil durch den Krieg bis zur Verzweiflung verschlechtert worden, ihre Löhne haben den Preissteigerungen für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nicht standgehalten; Hunger und Not sind die täglichen Gäste in ihren Familien geworden. Trotz der glänzenden Gewinne haben die Zellstofffabrikanten ihrer Arbeiterschaft die Lohnhöhen und Leistungszulagen nicht gewährt, die eine schaffensfreudige Arbeiterschaft beanspruchen kann, um "durchzuhalten". Die Interessenlosigkeit vieler Zellstoffarbeiter ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage gegenüber hat ja für die Arbeiter und ihre Familien bitter gerächt; den Unternehmern aber hat sie goldene Früchte eingetragen.

G. St.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Landarbeiterverbände zur Kriegswirtschaft.

Die Landarbeiterverbände, und zwar der Deutsche Landarbeiterverband (Freie Gewerkschaft), der Zentralverband der Deutschen Land- und Weinbergarbeiter (christliche Gewerkschaft) und die Landarbeitergruppe der Gewerkschaften (Kirch-Dunker), hielten am 8. Juli in Berlin im Lehrerseminar eine Konferenz ab, die sich mit den Beschwerden der Landarbeiter wegen Nichtbeachtung der Arbeiterschaft in der Kriegswirtschaft beschäftigte.

Anwesend waren 27 Vertreter der Landarbeiterverbände, darunter über die Hälfte praktisch tätiger Landarbeiter. Seitens des Kriegsamts nahmen Hauptmann Kunze und Alexander Schilde an den Verhandlungen teil. Die Generaldirektion der Gewerkschaften Deutschlands war durch Reichstagsabgeordneten Bauer vertreten.

Eingekehrt wurden die Verhandlungen durch einen Vertrag des Vorstandes des Deutschen Landarbeiterverbandes, Schmidt, der ein erhebliches Beschränkungsverbot vortrug.

Als Abschluß der Verhandlungen wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der einleitend betont wird, daß die Landarbeiter mit allen Kräften die landwirtschaftliche Produktion fördern wollen; jedoch müssen vor Erlass von Beschlüssen, die die Arbeiten betreffen, Vertreter der organisierten Landarbeiterchaft gehört werden. Besonders müsten zu den Kriegswirtschaften Vertreter der Landarbeiterverbände hinzugezogen werden. Die Einhaltung des Arbeitzwanges und die Vergrößerung der Freizeitlänge sei nicht angebracht. Damit würden nur einzelne Arbeitnehmer durch Strafen belästigt und

Gebürtiger unter die Landarbeiterchaft getragen. Durch Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde mehr erreicht, wie praktische Erfahrungen bestätigen. Ferner wird Vereinigtheitsfreiheit gefordert. Bei Überschreitung gewölblicher Arbeiter zur landwirtschaftlichen Tätigkeit seien die Landarbeiterverbände zur Mitarbeit bereit, wenn die Arbeiterschaft entsprechend beachtet werden. Kriegsgefangene dürfen dort beschäftigt werden, wo tatsächlich Arbeitermangel vorhanden sei.

Der Vertreter des Kriegsamts konnte natürlich bestimmte Erklärungen zu den vorgetragenen Beschwerden nicht abgeben. Er versicherte aber, daß er das Vorgebrachte den maßgebenden Stellen ausführlich berichten werde.

Außerdem beschäftigte sich die Tagung noch mit der Neugestaltung des Arbeiterrights. Einstimmig wurde beschlossen, daß bei der Neuordnung des Arbeiterrights die Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter gebührend berücksichtigt werden sollen. Volle Gleichberechtigung wird für die ländliche Arbeiterschaft gefordert, worunter die Aufhebung aller Ausnahmegesetze zu verstehen ist.

Berichte aus den Zahlstellen.

Karl Vogt †

Hamburg. Am Montag, dem 9. Juli, früh erreichte uns die traurige Kunde, daß unter langjähriger zweiter Bevollmächtigter Karl Vogt gestorben ist. Karl Vogt gehörte zu den Gründern unseres Verbandes.

Karl Vogt ist am 29. Januar 1854 in Hamburg geboren, hat also ein Lebensalter von 64 Jahren erreicht. Nachdem er die Schule verlassen, erlernte er zunächst das Handwerk des Schuhmachers. Da ihm das nicht zusagte, versuchte er sich schlecht und recht als gewöhnlicher Arbeiter durchzuringen. Ende der achtziger Jahre war es Kollege Vogt, der mit noch einigen Kollegen in Barmbek den Versuch unternahm, einen Verein der nichtgelehrten Arbeiter zu schaffen, was ihnen, nachdem sie sich mehrere Versammlungen mit der Sache beschäftigt hatten, auch gelang. Vogt wurde mit in den Vorstand gewählt und war eifrig bemüht, den Ausbau dieser jungen Organisation zu fördern. Bald wurde in der Stadt Hamburg ebenfalls ein Verein der ländlichen Arbeiter gegründet. Auch hier war es Vogt, der sich um die Gründung des Vereins ein Verdienst erworb. Als 1890, infolge der starken Beteiligung der Hamburger Arbeiterschaft an der ersten Maifeier, die Unternehmer sich bemühten, die vorherigen Arbeiterschaften zu vernichten, indem sie die Arbeit maßregelten, ward auch Vogt davon betroffen.

In dieser schweren Zeit erging von Hannover aus der Ruf an alle nichtgelehrten Arbeiter, sich an einem Kongress der nichtgelehrten Arbeiter zu beteiligen. Vogt trat dafür ein, daß eine Delegation zum Kongress entsandt wurde. Vogt wurde in einer Versammlung mit noch zwei Kollegen als Delegierter gewählt und hat auf dem Kongress selbst eifrig an der Schaffung unseres Verbandes mitgearbeitet. Der Kongress wählte ihn dann auch, als die Gründung des Verbandes beschlossen war, zum Vorsitzenden des Ausschusses. Kurz nach dem Kongress brach in der Goldleiterfabrik in Barmbek ein Streit aus, an dem Vogt beteiligt war. Nach dreieinhalbmonatigem Kampfe mußte der Streit als ausichtslos abgebrochen werden. Vogt ward nicht wieder eingestellt; da er mit auf der schwarzen Liste stand, konnte er nirgend wieder Unterunft finden. Schließlich errichtete er sich ein kleines Gefäß, das er aber nach einigen Jahren wieder aufgab und wieder als Fabrikarbeiter seiner Vorfahrt ging. Bald stand unter Vogt wieder in den ersten Reihen der organisierten Fabrikarbeiter, 1895 wurde er als Bevollmächtigter der Zahlstellen Barmbek gewählt. 1898 nahm Kollege Vogt an den Verhandlungen des Kasseler Verbandstage teil. Ganze Tage und Nächte hatte er darauf verwandt, um ein neues Statut für den Verband auszuarbeiten, das er dann dem Verbandstage als Vorlage mit unterbreitete. Später hat unter Vogt dann rühmlich Anteil genommen an der Verschmelzung der Hamburger Zahlstellen. 1905 wurde er, nachdem die Verschmelzung vollzogen war, als Kassierer gewählt. Diesen Posten hat er bis zum letzten Augenblick treitlich vertritt.

Politisch hat unser Kollege sich ebenfalls vor keiner Arbeit gefürchtet. Wie in der Gewerkschaft, so war er auch in der Partei dabei, wenn es galt, Kleinarbeit zu verrichten. Noch in der letzten Zeit übernahm er die Führung der Bezirkstafel und hat trotz seines Leidens es sich nicht nehmen lassen, die Beiträge mit einzuzahlen. Unter der Zeit des Sozialistengesetzes mußte er 16 Wochen Untersuchungshaft über sich ergehen lassen. Doch hat die schwere Zeit seine Energie nur noch geplättet und so dazu beigebracht, daß er sich mit noch größerem Eifer der Sache des Volkes widmete. In den letzten Jahren konnte Vogt infolge seines inneren Leidens sich nicht mehr öffentlich in der Form wie früher betätigen. Seit 1907 litt er an einer Entzündung des Mastdarms. Auf Anraten des Arztes unterzog er sich im März 1913 einer Operation. Dreimal mußte diese im Laufe eines Jahres vorgenommen werden. Schließlich verlor er bald geistig im März 1914 das Krankenhaus und nahm kurz darauf seine Tätigkeit als

